

**Protokoll**  
**zur 102. Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung (LAWB)**

<b>Sitzungstag:</b>	<b>Beginn:</b>	<b>Ende:</b>	<b>Sitzungsort:</b>
20. Januar 2023	9:30 Uhr	12:55 Uhr	Online (Webex)
<b>Teilnehmende:</b>			
s. Anlage 1			

**TOP 1 Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung**

Prof. Dr. Rabea Diekmann begrüßt die Anwesenden und heißt Jens Herrmann, der an der heutigen Sitzung erstmals als Mitglied teilnehme, herzlich willkommen. Sie schildert, dass Dieter Niermann die Sitzung aufgrund eines Paralleltermins zwischendurch verlassen müsse. Da sowohl für TOP 4 als auch für TOP 8 seine Anwesenheit erforderlich sei, müssten diese Tagesordnungspunkte evtl. zeitlich geschoben werden. Prof. Dr. Rabea Diekmann informiert zudem, dass Ralf Perplies nun als Vertretung der anerkannten Weiterbildungseinrichtungen dem LAWB angehöre und nicht mehr wie bisher als Vertretung der Ressorts.

Ina Mausolf schlägt vor, die Tagesordnung unter Verschiedenes um einen kurzen Bericht aus der AG „Werbung für Weiterbildung“ zu ergänzen.

**Beschluss:**

**Die Tagesordnung wird mit dieser Ergänzung einstimmig genehmigt.**

**TOP 2 Abstimmung des Protokolls der 101. Sitzung vom 30. September 2022**

Cora Schwittling weist darauf hin, dass die Überschrift zu TOP 2 wie folgt lauten müsse: „Abstimmung des Protokolls der 100. Sitzung vom 13. Mai 2022“.

Rosi Leinfelder informiert, dass auf Seite 8 im vierten Absatz protokolliert sei, dass das Paritätische Bildungswerk auf LED-Lampen umgerüstet habe. Die Umrüstung stehe aber noch aus. Sie bittet daher um Korrektur.

**Beschluss:**

**Das Protokoll wird mit diesen Änderungen bei zwei Enthaltungen genehmigt.**

**TOP 3 Berichte der Vorsitzenden und der Unterausschüsse sowie zur gemeinsamen AG der Unterausschüsse „Qualitätssicherung bzw. -verbesserung bei Online-Formaten“**

Dieter Niermann berichtet, dass der Unterausschuss 1 „Förderungsausschuss“ am 9. Dezember 2022 letztmalig getagt habe. In dieser Sitzung sei die Weiterbildungsförderung für das

Haushaltsjahr 2023 (s. TOP 7 der heutigen Sitzung) beraten worden. Weiterhin habe sich der Unterausschuss mit den Zuordnungen von Weiterbildungsveranstaltungen zum Level-Modell auseinandergesetzt. Auf Basis der Beratungen im Unterausschuss werde das Weiterbildungsreferat der Senatorin für Kinder und Bildung eine Orientierungshilfe zum Level-Modell erstellen.

Gudrun Schemel informiert, dass die letzte Sitzung des Unterausschusses 2 zur Qualitätssicherung in der Weiterbildung am 11. November 2022 stattgefunden habe. Schwerpunkt der Sitzung sei ein Vortrag von Petra Simonowsky zum QVB-Rahmenmodell mit anschließender Diskussion gewesen. Das QVB-Rahmenmodell sei im Nachgang zur Sitzung an den LAWB zur Kenntnis gegeben worden. Die nächste Sitzung sei für den 10. Februar 2023 geplant. Auf der Tagesordnung stehe dort u. a. das Anerkennungsverfahren, insbesondere die Anwendung von Äquivalenzregelungen. Für die Sitzung habe Ina Mausolf ihre Teilnahme zugesagt.

Jessica Heibült schildert, dass der Unterausschuss 3 für Grundsatzfragen und Innovation am 18. November 2022 zusammengekommen sei. In der Sitzung habe der Unterausschuss das Positionspapier zur Nachhaltigkeit in der Weiterbildung beraten, das anschließend noch einmal überarbeitet worden sei und heute dem LAWB unter TOP 5 vorgelegt werde. Darüber hinaus sei der Unterausschuss in die Beratung zum Thema „Durchlässigkeit“ eingestiegen. Im Jahr 2023 wolle der Unterausschuss sich zudem mit dem Thema „Fachkräftemangel“ auseinandersetzen. Erste Zahlen stelle Jens Herrmann in der Sitzung am 10. März 2023 dazu vor.

Prof. Dr. Rabea Diekmann führt aus, dass die Lücke zwischen den Kosten der Einrichtungen und der Förderung größer werde. Dies liege u. a. darin begründet, dass die Personalkostenzuschüsse seit Jahrzehnten nicht erhöht worden seien. Hierzu habe man ein Schreiben an Senatorin Sascha Aulepp gerichtet, um mit ihr ins Gespräch zu kommen und auf die Bedeutung der Weiterbildung aufmerksam zu machen. Ein Gespräch zwischen Senatorin Sascha Aulepp und dem erweiterten Vorsitz sei für den 9. Februar 2023 geplant.

Philipp Leiser berichtet aus der übergreifenden AG zur Qualitätssicherung und -verbesserung bei Online-Formaten, die letztmalig am 13. Oktober 2022 getagt habe. Im Ergebnis sei eine Handreichung zur Planung und Durchführung einer Weiterbildungsveranstaltung im Hybrid-Format entstanden, die in der nächsten Sitzung des LAWB vorgestellt werde. Die nächste Sitzung der AG sei für den 16. März 2023 geplant. Themenvorschläge für die weitere Arbeit der AG könnten noch bis zum 15. Februar 2023 eingebracht werden.

#### **TOP 4     Anerkennung von Einrichtungen nach dem WBG**

##### ***Evangelisches Bildungswerk Bremen (Vorlage L 320/23) - vorgezogen***

Sabine Ebeling stellt die Vorlage kurz vor.

Dieter Niermann dankt für die gute Zusammenarbeit mit der Senatorin für Kinder und Bildung im Rahmen des Anerkennungsverfahrens.

**Beschluss:**

**Der Landesausschuss für Weiterbildung empfiehlt der Senatorin für Kinder und Bildung einstimmig, dem Evangelischen Bildungswerk Bremen die Anerkennung gem. §§ 4 und 7 WBG für weitere vier Jahre auszusprechen.**

***Paritätisches Bildungswerk Landesverband Bremen e.V., Institut für soziale und interkulturelle Weiterbildung (Vorlage L 316/23)***

Sabine Ebeling stellt das Ergebnis des Wiederholungsgutachtens vor.

Rosi Leinfelder bedankt sich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Sie bittet darum, das Verfahren zur Anerkennung noch einmal zu überprüfen. Aus ihrer Sicht sei die durch die Aktualisierung des Qualitätsleitfadens erhoffte Vereinfachung des Verfahrens nicht zu erkennen.

Sabine Ebeling informiert, dass der Unterausschuss 2 in der nächsten Sitzung am 10. Februar 2023 hierzu noch einmal beraten werde.

**Beschluss:**

**Der Landesausschuss für Weiterbildung empfiehlt der Senatorin für Kinder und Bildung einstimmig, dem Paritätischen Bildungswerk Landesverband Bremen e.V., Institut für soziale und interkulturelle Weiterbildung die Anerkennung gem. §§ 4 und 7 WBG für weitere vier Jahre auszusprechen.**

***Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH (Vorlage L 317/23)***

Sabine Ebeling führt kurz in die Vorlage ein. Sie informiert, dass Dominic Bergner heute nicht an der Sitzung teilnehmen könne. Dr. Thomas Gebel vertrete ihn.

Dr. Thomas Gebel spricht Sabine Ebeling im Namen der wisoak einen Dank für die Unterstützung im Anerkennungsverfahren aus.

**Beschluss:**

**Der Landesausschuss für Weiterbildung empfiehlt der Senatorin für Kinder und Bildung bei einer Enthaltung, der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH die Anerkennung gem. §§ 4 und 7 WBG für weitere vier Jahre auszusprechen.**

**TOP 5      Positionspapier „Nachhaltigkeit in der Weiterbildung“ (Vorlage L 318/23)**

Jessica Heibült präsentiert die Ergebnisse der Beratungen des Unterausschusses 3 zur Nachhaltigkeit in der Weiterbildung, die in ein Positionspapier gemündet seien. Das Positionspapier wird von den Anwesenden positiv bewertet.

Jens Tanneberg weist darauf hin, dass die Inhalte des Papiers wenig konkret seien. Aus seiner Sicht sollte z. B. auch die Vergabe von Fördergeldern an die Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien gebunden sein. Nachhaltigkeit gehöre längst zum modernen Qualitätsmanagement.

Jessica Heibült schildert, dass man das Positionspapier bewusst wenig restriktiv formuliert habe, damit es für die Weiterbildungseinrichtungen auch umsetzbar sei. Auf Nachfrage erläutert sie, dass die Senatorin für Kinder und Bildung in einem ersten Schritt Austauschformate und Informationsveranstaltungen organisieren und eine Informationssammlung mit bereits vorhandenen Leitfäden, Hinweisen auf Bundesprogramme etc. erstellen werde.

Prof. Dr. Rabea Diekmann ergänzt, dass auch der Deutsche Weiterbildungstag in diesem Jahr das Thema Nachhaltigkeit als Schwerpunkt habe. Vielleicht könne sich der LAWB hier aktiv beteiligen.

Philipp Leiser informiert, dass sich bereits eine AG gebildet habe, die eine Beteiligung am Deutschen Weiterbildungstag vorbereite. Die AG tage erstmals am 1. Februar 2023. Interessierte könnten sich noch bei ihm melden.

#### **Beschluss:**

**Der Landesausschuss für Weiterbildung beschließt einstimmig die vom Unterausschuss 3 im Positionspapier vorgelegten Maßnahmen und Empfehlungen.**

#### **TOP 6 Vorstellung der neuen Fachrichtung „Informatik mit dem Schwerpunkt IT-Sicherheit“ an der Technikerschule Bremen**

Till Bellmann-Nitz gibt einen Einblick in die Fachschule für Technik und stellt die neue Fachrichtung „Cyber-Security-Techniker:in“ vor (s. Anlage 2). An der Fachschule für Technik könnten Aufstiegsfortbildungen in Voll- oder Teilzeit mit Abschluss auf DQR-Niveau 6 absolviert werden. Auf Nachfrage ergänzt er, dass man zunächst mit einem Klassenverband für die neue Fachrichtung starten werde.

Rosi Leinfelder erkundigt sich, welches Sprachniveau für die Aufnahme in diesen Bildungsgang erforderlich sei. Sie weist darauf hin, dass das Angebot für Zugewanderte ggf. interessant sei, diese aber häufig nicht über die notwendige Schulbildung verfügten. Außerdem stellt sie die Frage nach der Finanzierung bei der Vollzeitform und ob der Bildungsgang AZAV-zertifiziert sei.

Till Bellmann-Nitz erläutert, dass die Sprachkenntnisse so gut sein müssten, dass dem Unterricht gefolgt werden könne. Dazu führe die Schule Aufnahmegespräche. Der Bildungsgang sei

bisher nicht nach AZAV zertifiziert. Die Schulleitung habe dies aber auf der Agenda. Grundsätzlich bestehe die Möglichkeit, BAföG zu beantragen. Für besonders befähigte Interessierte sei zudem eine schulinterne Förderung möglich.

Rosi Leinfelder dankt für die Informationen. Die Frage, ob Zugewanderte überhaupt die Möglichkeit hätten, BAföG zu beantragen, wolle sie mit in den Bremer Rat für Integration nehmen.

#### **TOP 7 Förderung der Weiterbildung nach dem Gesetz über die Weiterbildung im Lande Bremen (WBG) – Institutionelle und Programmförderung im Haushaltsjahr 2023 (Vorlage L 319/23)**

Angela Acerra stellt die Vorlage vor. Der Unterausschuss 1 habe im Dezember über die Verteilung der für die institutionelle Förderung und die Programmförderung im Jahr 2023 zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 1,8 Mio. Euro beraten und empfehle dem LAWB die in der Anlage zur Vorlage aufgeführte Verteilung der Mittel.

#### **Beschluss:**

**Der Landesausschuss für Weiterbildung schließt sich der Empfehlung des Unterausschusses 1 (Förderungsausschuss) an und stimmt der Verteilung gemäß der beigefügten Anlage für das Haushaltsjahr 2023 zu.**

#### **TOP 9 (vorgezogen) Blitzlicht zur aktuellen Situation in der Weiterbildung**

Die Anwesenden tauschen sich über die Entwicklung der Teilnehmendenzahlen aus. Während die Zahl der Teilnehmenden in Maßnahmen für Menschen mit Migrationshintergrund deutlich gestiegen seien, sei in den anderen Bereichen noch Luft nach oben. Dies gelte u. a. für die berufliche Weiterbildung. Insbesondere in den Meisterkursen spüre man eine Zurückhaltung, weil die Prämie für eine abgeschlossene Aufstiegsfortbildung ab dem Jahr 2024 nicht mehr gewährt werde. Auch in der politischen Bildung zeige sich keine positive Entwicklung der Teilnehmendenzahlen, weil diese Angebote häufig nur „on top“ ausgewählt werden würden. Durch die Energiekrise habe sich eine neue Herausforderung ergeben, weil dadurch vor allem Angebote außerhalb der Bildungseinrichtung teurer geworden seien und viele Interessierte sich dies nicht mehr leisten könnten.

Ina Mausolf führt aus, dass dem Senat die Folgen der Energiekrise für verschiedene Zielgruppen bewusst seien und Hoffnung bestehe, dass hier evtl. weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden würden. Sie berichtet weiter, dass der Senat sich intensiv mit dem Thema Nachhaltigkeit befasse und für klimaschutzrelevante Berufe einen Aus- und Weiterbildungscampus schaffen wolle. Um diese Idee voranzubringen, habe es erste Workshops mit unterschiedlichen Akteur:innen gegeben. Die Federführung für dieses Vorhaben liege bei der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa.

Till Bellmann-Nitz ergänzt, dass der Aus- und Weiterbildungscampus mit der Schulstandortentwicklung der berufsbildenden Schulen verknüpft werden müsse, um Synergieeffekte zu erzielen.

Jens Tanneberg berichtet, dass das BMAS einen Referentenentwurf für ein Weiterbildungsgesetz vorgelegt habe, das u. a. die Einführung einer Bildungszeit, d. h. eine Freistellung von der Arbeitszeit für arbeitsmarktpolitische Weiterbildung vorsehe. Die Verwendung des Begriffes „Bildungszeit“ halte er für unglücklich, weil er im Land Bremen und auch in anderen Bundesländern anderweitig belegt sei.

Ina Mausolf führt aus, dass die Senatorin für Kinder und Bildung sich bereits im Arbeitskreis Weiterbildung der KMK dafür eingesetzt habe, dass der Begriff Bildungszeit nicht verwendet werde.

Jessica Heibült informiert, dass das Bundesfinanzministerium das Weiterbildungsgesetz aus haushalspolitischen Gründen erst einmal gestoppt habe. Wie es jetzt weitergehe, sei offen.

### **TOP 10 (vorgezogen) Bundespolitisches – Blitzlicht aus der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit**

Jens Herrmann stellt sich dem Ausschuss kurz vor. Er berichtet, dass der Referentenentwurf zum Weiterbildungsgesetz, der nun derzeit auf Eis liege, schwerpunktmäßig die Einführung einer Ausbildungsgarantie, einer Bildungszeit und eines Qualifizierungsgeldes vorsehe. Das Qualifizierungsgeld sei ein an das Kurzarbeitergeld angelehntes Förderinstrument. Er schildert weiter, dass zum 1. Januar 2023 das Bürgergeld eingeführt worden sei. Die Bearbeitung eingehender Anträge binde derzeit viele Kapazitäten.

### **TOP 11 (vorgezogen) Verschiedenes**

#### ***Kurzer Bericht aus dem Bremer Rat für Integration***

Rosi Leinfelder führt aus, dass sie gemeinsam mit Katja Fritsche (Bremer Volkshochschule) in der bis 2025 laufenden Amtsperiode des Bremer Rates für Integration den LAWB vertrete. Der Bremer Rat für Integration arbeite ehrenamtlich und tage vier Mal im Jahr. Darüber hinaus gebe es Arbeitsgruppen, die sich verschiedenen Themen der Integrationsarbeit widmeten, z. B. dem Thema Antidiskriminierung oder Berufliche Qualifizierung und Arbeitsmarkt. Für die Bürgerschaftswahl in diesem Jahr seien Wahlprüfsteine aus allen Arbeitsgruppen verfasst worden. Eine Podiumsdiskussion dazu finde voraussichtlich im April statt.

#### ***AG „Werbung für Weiterbildung“***

Ina Mausolf berichtet, dass die Arbeitsgruppe bisher drei Mal getagt habe. Es bestehe die Zusage der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa für die Werbemaßnahmen Mittel in

Höhe von bis zu 10.000 Euro bereitzustellen. Geplant sei, bis zu fünf kurze Filme (Testimonials) zu Weiterbildung in den Bereichen „allgemein“, „politisch“ und „beruflich“ unter dem Motto „Da geht noch was“ zu erstellen. Übergreifendes Thema solle die „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (im Sinne der Klimaschutzstrategie des Landes) sein. Mit der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa sei man darüber hinaus im Gespräch, weil dort in anderen Bereichen bereits Kontakte zu Anbietenden von Kurzfilmen bestehen würden. Auch müssten die Formalitäten einer Vergabe geregelt werden.

Im Laufe der Diskussion zeigt sich, dass einige Einrichtungen wie die Bremer Volkshochschule und das IT-Bildungshaus bereits mit ähnlichen Formaten arbeiteten.

## **TOP 8      Entwicklung der Kursleitendenhonorare**

Prof. Dr. Rabea Diekmann schildert einfürend, dass das Thema aus den Weiterbildungseinrichtungen an den erweiterten Vorsitz herangetragen worden sei. In der letzten Sitzung habe der LAWB bereits über die seit Jahrzehnten nicht erhöhten Personalkostenzuschüsse nach dem Weiterbildungsgesetz beraten und die Senatorin für Kinder und Bildung gebeten, sich für eine Erhöhung des Weiterbildungsbudgets einzusetzen. Heute gehe es aus aktuellem Anlass um eine Beratung zur Entwicklung der Kursleitendenhonorare.

Dieter Niermann führt aus, dass die Bremer Volkshochschule ihre Dozent:innenhonorare zum Frühjahr 2023 auf 31 Euro pro Unterrichtsstunde erhöhen werde. Es sei daher davon auszugehen, dass die freiberuflichen Dozent:innen nun in erster Linie Weiterbildungsveranstaltungen der Bremer Volkshochschule und nicht die der anderen Einrichtungen durchführen wollen würden. Dies führe – insbesondere vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in diesem Bereich – zu folgenschweren Problemen für die anderen Einrichtungen. Mit der Erhöhung der Berechnungsbasis für die Honorarkostenzuschüsse von 18 auf 23 Euro sei in der vergangenen Amtsperiode des LAWB zwar ein erster Schritt gemacht worden, dies reiche aber nicht aus. Damit alle Weiterbildungseinrichtungen für die Dozent:innen gleichermaßen attraktiv blieben, sei eine deutliche Erhöhung der Mittel in diesem Bereich erforderlich. Dieter Niermann weist darauf hin, dass der LAWB die Aufgabe habe, Politik hinsichtlich einer auskömmlichen Finanzierung der Weiterbildung zu beraten.

Rosi Leinfelder ergänzt, dass die Schere teilweise sogar noch größer sei. Freiberufliche Lehrkräfte, die in Integrationskursen des BAMF unterrichteten, erhielten seit dem 1. September 2022 42,43 Euro pro Unterrichtseinheit.

Ralf Perplies informiert, dass die Erhöhung der Dozent:innenhonorare eine politische Entscheidung sei, die in enger Abstimmung mit dem Kursleitendenrat und dem Senator für Kultur getroffen worden sei. Ziel sei es, dass die Bremer Volkshochschule als Arbeitgeber attraktiv bleibe.

Dr. Beate Porombka stimmt Dieter Niermann zu, dass die Debatte vom LAWB geführt werden müsse. Aus ihrer Sicht sei es wichtig, der Politik aufzuzeigen, was die Weiterbildung für das Land und die gesellschaftliche Teilhabe leiste. Auf diesem Weg könne man im politischen Raum ankommen.

Ronald Gotthelf spricht sich dafür aus, dass die Weiterbildung sich in der Politik mehr Gehör verschaffen sollte. Dies sei über eine gezielte Lobbyarbeit oder aber auch z. B. über den direkten Kontakt zu den bildungspolitischen Sprecher:innen und Entscheidungsträger:innen möglich. Es brauche zudem Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen und weitere Formate, um sich konkret zu positionieren.

Im Ergebnis der weiteren Diskussion wird vereinbart, dass der LAWB vor der Bürgerschaftswahl (auch aus Kapazitätsgründen) keine eigene Veranstaltung mit politischen Vertreter:innen organisieren wird. Stattdessen sollen zwei Wege verfolgt werden, um auf die Herausforderungen in der Weiterbildung grundsätzlich aufmerksam zu machen und das Thema auch im Wahlkampf in den Fokus zu rücken:

- In die Sitzung des Ausschusses „Berufliche Bildung, Aus- und Weiterbildung“ der Deputation für Kinder und Bildung am 9. März 2023 soll ein Positionspapier des LAWB eingebracht und diskutiert werden.
- Ver.di führt vor der Bürgerschaftswahl eine öffentliche Veranstaltung zur Situation in der Weiterbildungsbranche durch. Ronald Gotthelf gibt hierzu noch genaue Informationen an Vertreter:innen des LAWB. Die Expertise des LAWB wird in die Planung der Veranstaltung eingebracht werden (Welche Aspekte sollen konkret diskutiert werden?; Wer kann ggf. eine Situationsbeschreibung abgeben? etc.)

Die Anwesenden stimmen beiden Vorschlägen zu.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht und die Sitzung wird um 12:55 Uhr geschlossen.

Bremen, den 23. Februar 2023

gez.

Prof. Dr. Rabea Diekmann  
(Vorsitz des LAWB)

gez.

Carmen Runge  
(Protokollantin)

Anlage 1: Anwesenheitsliste

Anlage 2: Power Point-Präsentation „Novellierung der Fachschule für Technik - Neue Fachrichtung Cyber-Security-Techniker:in“

# Novellierung der Fachschule für Technik

---

*Neue Fachrichtung Cyber-Security-  
Techniker\*in*



# Gliederung

- Überblick Fachschule für Technik
- Überblick Technikerschule Bremen
- Neue Fachrichtung Cyber-Security-Techniker\*in



# Überblick über die Fachschule für Technik

- Aufstiegsfortbildung mit Abschluss auf DQR 6 Niveau
- zwei Jahre in Vollzeit und entsprechend länger in Teilzeit
- Abschluss: Staatlich anerkannte Technikerin/ staatlich anerkannter Techniker sowie „Bachelor professional“
- Absolventen arbeiten i.d.R. im Middlemanagement
- deutlich weniger bekannt als Meister\*in



# Überblick über die Fachschule für Technik

- vom Charakter des Bildungsangebots:  
Zwischen dem Weiterbildungssektor und der  
schulischen Berufsbildung angesiedelt
- formal/ rechtlich (nach BremSchulG und  
BremSchVwG) den berufsbildenden Schulen  
zugeordnet (vgl. Erzieher\*innen)



# Überblick Technikerschule Bremen

- Ersatzschule und anerkannte Privatschule seit 50 Jahren

## Fachrichtungen

- Maschinentechnik
- Elektrotechnik
- Mechatronik
- Lebensmitteltechnik und
- **Cyber-Security-Technik (ab Schuljahr 23/24)**



# Novellierung

## Grundkonzeption

- Maximal mögliche Flexibilisierung von Lernangeboten
- hohe Anschlussfähigkeit an Erstausbildung
- Abbauen von Redundanzen (Lerne was Du brauchst)
- Einfachheit
- Verständlichkeit
- Sinnhaftigkeit



# Novellierung

## Neue Fachrichtung **Cyber-Security-Techniker\*in**

- Studie Digitalverband Bitkom:  
Schadenssumme durch Cyberangriffe in  
2021: 223 Milliarden €
- Rund 90% der deutschen Firmen waren  
2020/2021 von Angriffen betroffen
- Kaum Angebote von Aufstiegsfortbildungen  
auf DQR-6-Niveau und staatlichem Abschluss  
in der Cyberabwehr



# Novellierung

## Profil **Cyber-Security-Techniker\*in**

- arbeiten in Unternehmen der freien Wirtschaft sowie öffentlichen Behörden
- planen, organisieren und strukturieren die Sicherheit von IT-Systemen
- bilden die Schnittstelle zwischen Geschäftsleitung und der IT-Abteilung (Fachinformatiker:innen, IT-Assistent:innen, Sachbearbeitungen etc.).



# Novellierung

## Profil **Cyber-Security-Techniker\*in**

- Funktion: Vorbereitung, Durchführung und Reflexion von präventiven und reaktiven Maßnahmen zum Schutz von IT-Infrastruktur und geistigem Unternehmenseigentum
- verfügen über ausgeprägte persönliche Kompetenzen und ein festes Wertegerüst in Bezug auf die Gefahren, Grenzen und Spielräume ihrer IT-Kompetenzen und sind mit den gesetzlichen Vorgaben vertraut



# Novellierung

## Profil **Cyber-Security-Techniker\*in**

- verfügen auch über die Kompetenzen, Mitarbeiter:innen zu führen, anzuleiten und auszuwählen, die die entsprechenden Maßnahmen operativ in ihrem Auftrag umsetzen (Personal- und Personalentwicklungsverantwortung)



# Fragen und Anregungen

- ...
- ...
- ...
- ...

